



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/20. - 24. Januar 1957
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31881-38
Fernschreiber 0886890

Deutsche Truppen nach Nordafrika?	S. 1
Umstrittener Pachtschutz in Italien	S. 3
Gedämpfte Etatkritik in Nordrhein-Westfalen	S. 5
Pankow's Wohnungsbausorgen	S. 7

In die Wüste !

O.M. - Bundesverteidigungsminister Strauß hat dem Verteidigungsrat, der gewöhnlich unter dem Vorsitz von Dr. Adenauer tagt, mitgeteilt, er habe bei seinem Besuch in Nordafrika unter anderem auch die Möglichkeiten für die Ausbildung deutscher Raketen-Regimenter in der nordafrikanischen Wüste geprüft.

Vor vierzehn Tagen wurde beim Bundesverteidigungsministerium energisch dementiert, als wissensdurstige Journalisten die Frage aufwarfen, ob Verteidigungsminister Strauß in Nordafrika mit französischen Militärs auch über den Einsatz deutscher Truppen in Nordafrika sprechen werde...

Jetzt spricht man von "Ausbildung". Welche Bezeichnung man jedoch den Plänen dieser Art des Bundesverteidigungsministers geben mag, sie sind in jeder Beziehung gefährlich. Nordafrika ist heute einer der Brennpunkte der Weltpolitik. Der algerische Aufstand und die ständig wachsende Emanzipationsbewegung der arabischen Völker, der Drang zur Selbständigkeit gegenüber den früheren Kolonialherren geht nicht nur Frankreich an. Solange jedoch französische Truppen auf Befehl der französischen Regierung in diesem Gebiet militärische Aktionen durchführen, kann man unter Umständen der Meinung sein, daß hier ein sogenanntes innerfranzösisches Problem ansteht. In dem Augenblick jedoch, in dem deutsche Truppen in Nordafrika stehen, wird auch dann die Problematik des dortigen Geschehens verschoben,

wenn von allen Seiten feierlich erklärt wird, die deutschen Soldaten seien nur zu ihrer Ausbildung dort.

Für Deutschland und besonders für die Bundesrepublik wäre es eine aussenpolitische Katastrophe, wenn durch die Stationierung deutscher Truppen in Nordafrika die psychologischen und tatsächlichen Widerstände der arabischen Völker gegen Frankreich und England auch auf uns übertragen würden. Die Bemühungen deutscherseits, ein ausgleichendes Element in der internationalen Politik zu entwickeln, wären dann gefährdet.

Abgesehen von dem rein menschlichen Schicksal, das unter Umständen jungen deutschen Soldaten in Nordafrika bevorstehen könnte - diese Überlegung allein wäre schon ein Grund, um das Verteidigungsministerium zur Änderung seiner Pläne zu veranlassen - ist auch hier wieder einmal Grund zu der Vermutung gegeben, dass die deutsche Aussenpolitik auf Abwege gerät.

Vor etwa einer halben Jahr ist beim NATO-Oberkommando in Paris die Frage erörtert worden, ob es nicht zweckmässig sei, zukünftige deutsche Truppenkontingente an den Brennpunkt des "Kampfes" um die Freiheit" auch ausserhalb Deutschlands einzusetzen. Meldungen über diese Besprechung wurden damals weder bestätigt noch dementiert. Nach den letzten Erklärungen des Bundesverteidigungsministers vor dem Verteidigungsrat muss befürchtet werden, dass die damals in Paris vorsichtig angedeuteten Überlegungen über die Verwendung deutscher Truppen schon weiter gediehen sind, als allgemein in der Öffentlichkeit bekannt ist.

+ + +

Die Kehrseite des deutschen Wirtschaftswunders

"... Es muss sich zeigen, ob es den Regierungsparteien in der sommerlichen Wahlkampagne gelingt, den fatalen Eindruck zu verwischen, allein die SPD habe den Willen und die Macht, das kletternde Preisniveau zurückzudrehen und festzunageln. Was die Sozialdemokraten am Anfang des verflissenen Jahres noch mit grosser Sorge herandröhen sahen, ist jedenfalls ohne merklichen Effekt geblieben: der unter dem Stichwort der Sozialreform eingeläutete Innenpolitische Frühling hat keine süssen Früchte reifen lassen, geschweige denn der SPD die Propagandaspitzen abgebrochen. Im Gegenteil. Die unaufgearbeitete Kehrseite des "deutschen Wirtschaftswunders" ist das geblieben, mit dem die SPD, wie sich im Ergebnis der Kommunalwahlen von vergangenen Oktober gezeigt hat, wirkungsvoll aufspielen kann.

("Die Allgemeine Sonntagszeitung") - 3 -

+ - +

"Agrarpakte" und sozialistische Wiedervereinigung

FE - Rom

Mit "patti agrari" - "Agrarpakte" - bezeichnet man in Italien jenen Komplex von Gesetzen, der die Beziehungen zwischen Grundbesitzern und Pächtern neu regeln soll. Diese Gesetze haben vor rund anderthalb Jahren zum Sturz der Regierung Scelba geführt, und in diesen Tagen hatte es einen Augenblick lang den Anschein, als solle auch die Regierung Segni darüber zu Fall kommen.

Der gegenwärtige Ministerpräsident Antonio Segni ist selbst ein Fachmann für landwirtschaftliche Fragen und hat unter De Gasperi längere Zeit den Posten eines Landwirtschaftsministers bekleidet. Als er im Sommer 1955 sein Kabinett bildete, arbeitete er eine Neufassung der unstrittener Agrargesetze aus und legte sie dem Koalitionspakt der Mittelparteien zugrunde. Alle diese Parteien verpflichteten sich somit, diesem Gesetzkomplex bei seiner parlamentarischen Diskussion zur Annahme zu verhelfen. Im Zuge der schrittweisen Abwicklung des gesamten Regierungsprogramms sind jetzt die "patti agrari" auf die Tagesordnung der Kammer gesetzt worden, und ihre Billigung stellt eine Voraussetzung für den Weiterbestand der Regierung Segni dar.

Es handelt sich bei alledem um Fragen von grosser Wichtigkeit, vor allem darum, weil ja die Landwirtschaft nach wie vor für Millionen von Italienern das einzige Mittel für ihren Lebensunterhalt darstellt, so dass grosse Wählermassen an den hier behandelten Fragen direkt interessiert sind. Ganz besonders aber gilt dies für den Kernpunkt der Kontroverse, nämlich die Aufrechterhaltung, Abschaffung oder Einschränkung des Pächterschutzes.

In Italien sind relativ wenige Bauern Eigentümer des von ihnen bebauten Grundes. Die meisten sind bloß Pächter und zahlen dem Grundherrn einen Pachtzins, zumeist in Naturalien, ab, indem sie einen fest vereinbarten Prozentsatz ihrer Ertragnisse dem Grundbesitzer entrichten. Für alle diese Pächter bestehen nur seit den Zeiten des Krieges sehr strenge Schutzbestimmungen, die es dem Grundbesitzer praktisch fast unmöglich machen, einen mißliebigen Pächter den Pachtvertrag zu kündigen und einen anderen an seine Stelle zu setzen. Nur

wenn eine "giusta causa", ein "gerechter Grund" nachgewiesen werden kann, weshalb dem Eigentümer die Fortdauer des Pachtverhältnisses nicht zugemutet werden kann, hat dieser die Möglichkeit, den Klageweg zu beschreiten und die Auflösung des Pachtvertrages zu fordern.

Gegen die Beibehaltung der "giusta causa" laufen seit Jahren alle Interessenvertreter des Grossegrundbesitzes Sturm, und innerhalb der Regierungskoalition haben sich auch die Liberalen sowie Teile der Democrazia Cristiana für eine Lockerung des Pächterschutzes ausgesprochen. Es hat die Sozialdemokraten viel Überwindung gekostet, als sie seinerzeit dem Kompromissvorschlag des Ministerpräsidenten zustimmten, der das Prinzip der freien Kündbarkeit der Pachtverträge wiederherstellen sollte, seine Anwendung aber stark verklausulierte. Nach dem Gesetz, das jetzt als Regierungsvorlage vor das Parlament gelangt, soll nämlich der Grundbesitzer das Recht, einem Pächter auch ohne Vorliegen einer "giusta causa" zu kündigen, erst nach zwölfjähriger - in gewissen Fällen sogar erst nach achtzehnjähriger - Dauer des Pachtvertrages ausüben dürfen und auch dann verhalten sein, dem Pächter eine recht erhebliche Entschädigung zu gewähren.

Opposition der Nenni-Sozialisten

Den Sozialdemokraten kommt die Aufrollung dieses ganzen Problems gerade im jetzigen Zeitpunkt ungelegen. Auf Grund der seinerzeit abgeschlossenen Koalitionsvereinbarungen müssten sie nämlich für die Agrarpakte stimmen, während nicht nur die Kommunisten, sondern auch die Nenni-Sozialisten bereits ihre schärfste Opposition angemeldet haben. Dies aber könnte den seit langem im Gange befindlichen Wiedervereinigungsverhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Parteien erheblich schaden. In den ersten Februartagen findet in Venedig der Parteikongress der Nenni-Sozialisten statt, auf den sich voraussichtlich klar erweisen wird, ob es tatsächlich zur Wiedervereinigung kommen kann oder nicht.

Kein Wunder, wenn die Sozialdemokraten unter solchen Umständen die Abstimmung über die Agrargesetze so lange hinausögern möchten, bis die Entscheidung in Venedig bereits gefallen ist. Erweist sich nämlich dort die Wiedervereinigung als einstweilen unrealisierbar,

24. 1. 1957

so können die Sozialdemokraten weiter in der Regierungskoalition verbleiben und für die Agrargesetze in ihrer heute vorliegenden Form stimmen. Kommt es aber zur sozialistischen Wiedervereinigung, dann ist es mit der Teilnahme der Sozialdemokraten an der gegenwärtigen Vierpartei-Regierung ohnedies zunehmend, und nichts hindert sie, sogleich in die Opposition zu gehen.

Ein wenig parlamentarische Taktik dürfte ausreichen, um diesen erstrebten Zeitgewinn von etwa drei Wochen herauszuschlagen, zumal da die anderen Regierungsparteien erhebliches Verständnis für die Situation der Sozialdemokraten bekunden. Schon hat sich eine ansehnliche Menge von Rednern zum Wort gemeldet, und es dürfte dem Kammerpräsidenten nicht schwerfallen, die Debatten so zu leiten, dass es zur Abstimmung erst kommt, wenn in Venedig die Entscheidung über die Wiedervereinigung bereits erfolgt ist.

* * *

Schwache erste Lesung

am, Düsseldorf

In wenigen Wochen wird es ein Jahr her sein, dass in Düsseldorf die Regierung Steinhoff die Regierung Arnold ablöste. Die Wirkung war damals, man darf das grosse Wort ruhig einmal gebrauchen, "weltweit", obwohl es nur ein Vorgang in einem Teil des geteilten Deutschland war. Die Zahl der Vermutungen, die sich an dieses Ereignis knüpften, war Legion. Der düstere Aspekt herrschte dabei ohne Zweifel vor, so als bedrohe diese Kombination aus Freien und Sozial-Demokraten unter Ausschaltung der Christlichen Demokraten die aberländische Kultur schlecht hin und die Ordnung und Sicherheit in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik im besonderen.

Man hätte also erwarten können, dass die Beratung des ersten Haushalts für das Land Nordrhein-Westfalen, den diese "neue" Regierung dem Landtag vorlegt, zu einer Generalabrechnung der christlich-demokratischen Opposition mit ihr benutzt werden würde. Aber davon war nichts zu spüren, obwohl, auf den ersten Blick, die äusseren Vorzeichen für die Opposition nicht schlecht waren. Die Regierung Steinhoff-Weyer hat sich nämlich genötigt gesehen, einen gegenüber dem Vorjahr um fast 650 Millionen DM erhöhten Haushaltsentwurf vorzulegen, so dass dieser Etat die

Rekordhöhe von 5,8 Mrd. erreicht. Damit schien eine Angriffsfläche vorhanden, von der aus die Opposition mit einiger Aussicht auf Erfolg hätte operieren können. So wenigstens meinten viele ihrer Anhänger.

Aber was von ihr gegen diese Ausweitung vorgebracht wurde, war alles andere als überzeugend. Gerade die erste Lesung hätte ihr ja Gelegenheit zu einer politischen Bewertung und Abwertung nicht nur des Etats selbst, sondern der bisherigen Regierungsführung überhaupt geben können. Die Redner der Opposition - im wesentlichen Minister der früheren Regierung und deshalb durchaus sachverständig - beschränkten sich jedoch auf die Kritik an einer ganzen Reihe von Einzelpositionen und -bestimmungen, was eigentlich ja erst, nach vorausgegangenen Ausschussberatungen, Aufgabe der zweiten Lesung sein sollte. Die Opposition sah sich trotz beweglicher Klagen allgemeiner Art nicht in der Lage, irgendwelche durchgreifende Streichungen zu empfehlen, wenn sie sich damit nicht in der Öffentlichkeit in schlechtes Licht setzen wollte. Auch war eindeutig und unbestritten, dass etwa 500 Millionen von den 640 Millionen Mehraufwendungen zwangsläufiger Natur sind, wozu z.B. die Kosten für die Wiedergutmachung gehören, die aus der Bundesgesetzgebung stammen. Und die Notwendigkeit erhöhter Ausgaben für die Modernisierung der Polizei, für den Luftschutz und die auf uns zukommenden Aufgaben aus der Atomforschung und der Nachwuchsförderung ist ebenfalls sehr schlecht zu bestreiten. Dass ein Leistungsmehr ein Aufwandsmehr bedingt, ist selbstverständlich. Der Klage, dass 2500 Planstellen im neuen Haushalt mehr vorgesehen sind, konnte Finanzminister Weyer entgegenhalten, dass rund 1200 davon tatsächlich schon im vorigen Haushalt vorhanden, wenn auch dort noch nicht offiziell ausgewiesen waren! So gab es viel hin und her, Einwand und Entgegnung, ohne dass man den Eindruck einer ernsthaften oder gar schwergewichtigen Auseinandersetzung hatte, zumal von Regierungsseite mit Recht darauf verwiesen werden konnte, dass "überall zwischen Washington und Liechtenstein die Hochkonjunktur auch die Etats in die Höhe getrieben hat" und dass diese Tendenz sich in einem so hochindustriellen Lande wie Nordrhein-Westfalen besonders nachhaltig auswirken muss.

In der kommenden Woche werden sich die Ausschüsse des Landtages mit dem Haushaltsentwurf befassen, die zweite Lesung ist erst für die

Tage zwischen dem 12. und 15. März vorgesehen. Grosse Veränderungen wird man kaum zu erwarten haben, da, wie schon gesagt, auch die Opposition in ihren propagandistischen und tatsächlichen Möglichkeiten sehr eingeengt ist. So ist ihre, schon in der ersten Lesung offen bekannte Absicht, diesen Haushalt abzulehnen, vor allem eine politische, aus ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft zur Regierung zu erklärende Demonstration.

* * *

Die Zuckerbäckerei war zu kostspielig

KJ. Seit 1950 hat sich in der Sowjetzone der Durchschnittspreis für den Bau einer Wohnungseinheit fast verdreifacht: damals lag er bei 11 000 DM, heute liegt er bei 32 500. Und immer hinkte die Wirklichkeit hinter den Plänen her: im ersten Fünfjahresplan wurde rund eine Million Quadratmeter Wohnfläche weniger gebaut als vorgesehen.

Pankows Wohnungsbausorgen sind heute gross wie eh und je. Obwohl im Laufe der Jahre gut 2 1/2 Millionen Menschen aus der Zone geflüchtet sind, täglich Hunderte vor den "Errungenschaften" weiter flüchten, reicht der Wohnraum nicht aus. Aus diesen zwei wesentlichen Gründen kann der Wohnungsbau nicht voran: Materialmangel einerseits und Materialverschwendung andererseits für Protzbauten. Ein Sack Zement und paar hundert Ziegelsteine sind immer noch Kostbarkeiten...

Aufbauminister Winkler hat nun im SED-Organ Neues Deutschland unter der Überschrift "Wir können es schaffen" mitgeteilt, dass ab sofort vieles anders werden muss. Da wird erst einmal die durchschnittliche Wohnungsgrösse von 46 auf 38 Quadratmeter herabgesetzt. (1955 lag sie übrigens bei 40 Quadratmetern, und die ostberliner Nationalzeitung jubelte damals, man werde bald noch grösser und vor allem Dreizimmerwohnungen bauen.) Bspött berichtet Minister Winkler jetzt über den Vorschlag eines Bezirks, nur noch 6% Zweizimmerwohnungen zu erstellen - seiner Meinung nach müssen sie im sechsten Fünfjahrplan wenigstens die Hälfte aller Neubauten ausmachen. Der Durchschnittspreis pro Wohnungseinheit müsse auf 28 000 DM zurückgehen und bis 1960 um

weitere 6 000 DM gesenkt sein.

Ganz nebenher empfiehlt der Minister die ... "Verringerung des architektonischen Aufwands und sparsamere Ausstattung". Offenbar hat er hier - auch wenn er es nicht ausspricht - in erster Linie an die ostberliner Stalin-Allee gedacht, jenes Monstrum aus der byzantinischen Zuckerbäckerepoche der Sowjets. Sündhaft teuer ist diese Stalinallee gewesen mit ihrer Fassade, die eine seltsame Mischung antiquierter Baustildarstellung. Nachdem vor einem guten Jahr Chruschtschow und Bulganin ein Dekret unterzeichnet hatten, das mit der Zuckerbäckerei aufräumen sollte und prominenten Architekten die Stalinpreise wegen "Verschwendungssucht, Unfähigkeit und mangelnden ästhetischen Gefühl" aberkannte, begannen die Diskussionen in Architektenkreisen hohe Wogen zu schlagen, die noch nie mit der Nachhütung des sowjetischen Anachronismus in Häuserbauen einverstanden waren. Selbst der ostberliner Chefarchitekt der "Deutschen Bauakademie" - kurz zuvor hatte er noch die Stalinallee den "gewaltigen Zeugen des ersten Fünfjahrplans der deutschen Geschichte" genannt - entdeckte nun in seiner Schöpfung ernste technische Mängel, eine Stocküberladung und schlechte Klosetts. "Entschlossene Modernität" wollte er in die Galustraße kriegen und Lokale einrichten, "die man auch mal mit Filzlatschen betreten kann...".

Inzwischen hat man in der Zone einigermaßen aufgehört, in Zuckerbäckerstile Wohnungen zu bauen. Wenn aber die Berliner Zeitung jetzt böse die Architekten des ersten Fünfjahrplans mit den Bauherren des Barock und des Klassizismus gleichsetzt, "...die über riesige, der Ausbeutung der arbeitenden Klasse entstehende arbeitlose Einkommen verfügten", wenn von "grotecker Unweckmäßigkeit und Verschwendung" die Rede ist - dann weiss man, wie sehr der parkower Apologeten die Sünden der Vergangenheit im Magen liegen.

Mit kleineren und dürftigeren Wohnungen soll jetzt der Plan, bis 1960 100 000 Wohnungen "zusätzlich" zu bauen, durchgepeitscht werden: was man gestern zuviel ausgab, will man heute einsparen.

Nebenbei: Die Bundesrepublik hat in den letzten zwei Jahren rund elfmal soviel Wohnungen gebaut wie die Sowjetzone. Und das war ja auch schon zu wenig ...

* * *